B 01 Zukunftsfähig – demokratisch – gut! Grüne Perspektiven für eine moderne Schulpolitik in Thüringen

Gremium:	Landesvorstand, LAG Bildung, LAG Soziales, Astrid Rothe-Beinlich, Babett Pfefferlein
Beschlussdatum:	25.10.2017
Tagesordnungspunkt:	8. Bildung

Gute Bildung ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und darüber hinaus eines der entscheidenden landespolitischen Themen. Bildung entscheidet über gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen.

Als Thüringer Grüne in der Regierung haben wir in den vergangenen Jahren deutliche bildungspolitische Akzente gesetzt. So wurden die Rahmenbedingungen für freie Schulen deutlich verbessert und in dieser Legislaturperiode mehr Neueinstellungen von Lehrkräften vorgenommen, als jemals zuvor. Wir konnten sicherstellen, dass ursprünglich befristete Lehrkräfte für Deutsch-als-Zweitsprache nun eine dauerhafte Perspektive erhalten. Das Schulbauprogramm - erstmalig mit einem Schwerpunkt auf energieeffiziente Schulen - haben wir massiv aufgestockt.

Und wir bleiben weiter am Ball. Mit dem anstehenden Doppelhaushalt für 2018 und 2019 werden wir unter anderem die Vertretungsreserve im Schulbereich deutlich erhöhen, ein flexibles Schulbudget für Honorarkräfte schaffen und die Bezahlung von Lehrkräften an Regelschulen verbessern.

Auch wenn wir Einiges erreicht haben, sind viele „Baustellen“ im Schulbereich immer noch unbearbeitet. Innovative Schulentwicklung ist kaum noch wahrzunehmen. Die Schulstrukturen im Land müssen dringend modernisiert und eine nachhaltige Personalpolitik zur Verringerung des Unterrichtsausfalls geschaffen werden. Demokratiebildung und demokratische Strukturen brauchen mehr Unterstützung als bisher. Und es fehlen bisher klare Aussagen, wie es mit der Entwicklung in den Bereichen Inklusion, Ganztag, Integration, Gemeinschaftsschulen und Digitalisierung weiter geht.

Schon Comenius forderte: „Die Schule sei keine Tretmühle, sondern ein heiterer Tummelplatz des Geistes“. Wir Grüne meinen, diese Idee ist angesichts der gesellschaftlichen Gesamtsituation und den Forderungen nach Chancengleichheit aktueller denn je. Daher wollen wir die Bedingungen im Bildungsbereich in Thüringen verbessern mit dem Ziel, Schule neben ihrer Bedeutung als Lernort zum attraktiven Lebensraum weiterzuentwickeln. In Schulen sollen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen, optimale Lernbedingungen vorfinden und entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden. Für die Lehrkräfte setzt dies bestmögliche Rahmenbedingungen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung und in allen Schulformen ein Arbeitsumfeld für qualitativ hochwertiges Lernen voraus.

Ausgangspunkt für grüne Bildungspolitik sind für uns vier Prinzipien, die für unsere Überlegungen zu "guter Schule für Alle" gelten. Da ist zum ersten das demokratische Prinzip der Balance zwischen Freiheit und Verantwortung. Zum zweiten ist es für uns nur nachhaltig, wenn Investitionen in Bildung auch morgen und übermorgen noch für beste Qualität in der Schule sorgen. Drittens sollen unsere Überlegungen finanzierbar sein, damit unsere Vorschläge glaubwürdig sind und auch verbindlich umgesetzt werden können. Viertens wollen wir bestehende

Unterschiede und Benachteiligungen ausgleichen und echte Chancengerechtigkeit im Bildungssystem herstellen.

Um qualifizierte Vorschläge zur Verbesserung der Thüringer Schullandschaft zu machen, müssen wir die Realität sachlich betrachten und analysieren. Veränderungen lassen sich nur gemeinsam mit den Akteur*innen in der Schule umsetzen. Wir brauchen Zeit und zu Ende gedachte Konzepte, um nicht durch Aktionismus dem Bildungssystem mehr zu schaden, als zu nützen. Das System Schule ist komplex und die Lösungen, die wir brauchen, um das Thüringer Bildungssystem zukunftsfähig zu machen, sind es auch. Wenn wir Veränderungen initiieren, werden wir dafür sorgen, dass diese Schritte jederzeit nachvollziehbar und die zu erzielenden Verbesserungen überprüfbar sind.

Gute Schule kostet Geld, das im Landeshaushalt und auch aus Bundesmitteln nicht endlos verfügbar ist. Daher muss sich der Bund stärker einbringen. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss endlich fallen. Wir wollen klar benennen, welche Verbesserungen aus grüner Perspektive notwendig sind.

Unser Einsatz für optimale Schulstrukturen ist untrennbar mit der Schaffung von bestmöglichen Rahmenbedingungen für gute Schule und mehr Qualität verbunden.

Schulstrukturen zukunftsfähig aufstellen - gemeinsam für gute Schulen und guten Unterricht

Verlässlicher, vielfältiger und wohnortnaher Unterricht in hoher Qualität, gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte - das sind universelle Anforderungen an erfolgreiche Schulen und guten Unterricht. Um diese zu garantieren müssen wir die Bedingungen für zukunftsfähige Schulstrukturen in Thüringen schaffen.

Die Ausgangslage ist kompliziert. Sinkende Schülerzahlen in ländlichen Regionen Thüringens stehen Schülerzuwächse inklusive größerer Vielfalt in den Städten gegenüber. Hinzu kommen der Generationenwechsel in den Lehrerzimmern ebenso, wie der sich auf einem kontinuierlich hohen Niveau bewegende Unterrichtsausfall. Weiterhin zeigen sich wachsende Probleme mit Blick auf eine flächendeckende Lehrkräfteversorgung und einer hohen Anzahl von häufig und langzeiterkrankten Lehrer*innen.

Gleichzeitig ist Thüringen das einzige Bundesland, welches den Kommunen und Landkreisen bislang so gut wie keine Vorgaben für die Schulnetzplanung macht. Die Folge ist ein im Ländervergleich personalintensives, kleinteiliges und damit auch kostenintensives Schulwesen, das immer mehr an seine schulorganisatorischen und finanziellen Grenzen stößt. Das Gutachten der Kommission „Zukunft Schule“ widmet sich diesen Problemlagen und stellt mit seinen vielfältigen Vorschlägen einen guten Anfangspunkt für den nun notwendigen Reformdialog im Schulbereich dar.

Wir begrüßen den gerade begonnenen Werkstattprozess mit allen an Schule Beteiligten. Wer ernsthaft an guten Schulen und gutem Unterricht interessiert ist, der verweigert sich weder dem parlamentarischen noch dem außerparlamentarischen Dialog für zukunftsfähige Schulstrukturen, zu denen sowohl staatliche, kommunale und freie Schulen gehören. Freie Schulen sind für uns Grüne ein elementarer Bestandteil einer vielfältigen Bildungslandschaft und stellen neben der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler*innen eine sinnvolle fachliche Ergänzung zum staatlichen Schulangebot dar.

Thüringens Stärke ist die regionale Vielfalt. Daher setzen wir auf passgenaue Lösungen vor Ort und machen uns für eine thüringenspezifische Entwicklung von Schulverbund- und Kooperationsmodellen stark, die den sinnvollen Erhalt kleiner Schulstandorte ermöglicht und dennoch Wahlmöglichkeiten und Qualität garantiert. Südtirol macht es uns mit seinen Sprengelschulen beispielhaft vor.

Unser Ziel ist es, die Wahlmöglichkeit mit Blick auf Schularten zu erhalten und flächendeckend ein am Ganztag orientiertes Angebot sicherzustellen, dass alle Abschlüsse ermöglicht. Hierfür ist die Gemeinschaftsschule ein gutes Angebot, welches auch in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung stehen muss.

Der gemeinsamen Diskussion mit allen an Schule Beteiligten über die gesetzliche Festlegung von Schulmindestgrößen stehen wir als Grüne offen gegenüber. Klar ist aber auch, dass es für die Einführung solcher Rahmenbedingungen Übergangzeiträume braucht, ebenso wie eine übergeordnete Gesamtstrategie des Landes zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Offensive für Bildungsqualität und mehr schulische Selbständigkeit in Thüringen

Jedes Kind hat das Recht auf eine gute Schule, unabhängig vom Wohnort, unabhängig von der Schulgröße, unabhängig von der Schulform. Zu wenig rückt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, dass es unter denselben Rahmenbedingungen Schulen gibt, die als lernende Systeme gut aufgestellt sind und Schulen, wo sich wenig bewegt. Zudem gibt es innerhalb einer Schulart erhebliche Abweichungen nach oben und unten.

Wir setzen auf mehr schulische Selbständigkeit und Entscheidungen vor Ort. Die Qualitätssicherung erfolgt auch durch Evaluation auf der Basis eines schulischen Qualitätsrahmens und setzt bei der Einzelschule an. Dazu gehört die Entwicklung von Zielgrößen für die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Einzelschule genauso wie ein begleitendes Instrumentarium zur Qualitätssicherung durch unterstützende Schulaufsicht, Maßnahmen der internen und externen Evaluation und durch die Angebote des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM).

Bei der Weiterentwicklung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit von Schulen soll vom Grundsatz her keine Frage ausgeklammert werden: Personalverantwortung, Budgetverantwortung, innere Gestaltungsfreiheiten, eine Erhöhung des Fortbildungsbudgets und auch das Einfordern der inneren Schulentwicklung müssen mitgedacht werden. Ein erster Schritt können Pilotprojekte für mehr Selbständigkeit und Freiheit von Schulen bei gleichzeitiger verbindlicher Qualitätsverantwortung sein.

Begleitende externe Evaluation muss mit auskömmlichen Ressourcen ausgestattet werden, ebenso wie es eine Stärkung der Schulaufsicht einschließlich der Schulpsychologie in ihrer regionalen Beratungs-, Koordinations- und Aufsichtsfunktion braucht. Außerdem muss eine Überprüfung der Strukturen und Aufgabenverteilung, von ThILLM, der Schulaufsicht einschließlich Ministerium und der Schulen, erfolgen.

Demokratische und eigenverantwortliche Schulen fördern

Demokratie und eine offene pluralistische Gesellschaft sind politische Errungenschaften, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden

müssen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und einer Zunahme rassistischer, rechtspopulistischer und antidemokratischer Tendenzen auch in der gesellschaftlichen Mitte, ist es entscheidend, die politische Bildungsarbeit insbesondere in den Schulen zu stärken.

Demokratie lebt von Beteiligung! Wir Grüne wollen die Demokratie stärken, indem wir die Demokratiebildung an unseren Schulen lebendig gestalten und gemeinsam mit den Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften weiterentwickeln. Dafür müssen auch die demokratischen Strukturen der Lehrer- und Erzieherkollegien ausgebaut und die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler*innen gestärkt werden.

Das Demokratieverständnis wollen wir einerseits durch die Förderung von demokratischen Strukturen in Schulen unterstützen, beispielsweise durch die Begleitung von Schülervertretungen. Andererseits muss Demokratiebildung, politische und menschenrechtsorientierte Bildung als fächerübergreifendes Querschnittsthema den Unterricht und die gesamte Schule betreffen. Nur wer versteht, wie Demokratie theoretisch und praktisch funktioniert, kann sich dafür begeistern, sie mitzugestalten. Wir leben in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Grundlage hierfür ist die Gleichberechtigung unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen. Die Werteordnung des Grundgesetzes und der Menschenrechte sind das gemeinsame Fundament. Dies herauszuarbeiten muss stärker Teil der schulischen Bildung werden.

Demokratie ohne eigene Entscheidungsspielräume bleibt eine Leerformel! Wir wollen daher mehr schulische Selbstständigkeit und Entscheidungen vor Ort ermöglichen. Durch die verschiedenen Möglichkeiten der internen und externen Evaluation wollen wir die Qualitätssicherung an Thüringer Schulen gewährleisten. Ein Vergleichssystem kann der ‚Referenzrahmen Schulqualität' bilden, der ebenso weiterentwickelt werden muss, gerade auch in Bezug auf die demokratiebezogenen Anteile.

Neben der Stärkung der Mitwirkungsgremien geht es dabei darum, dass der Lernprozess der Schüler*innen selbst durch Beteiligung, Mitwirkung und Verantwortungsübernahme für die eigenen Lernprozesse gefördert wird. Dazu gehört der weitere Ausbau einer demokratischen Lern- und Schulkultur. Stichworte hierzu sind der Ausbau des selbstregulierten Lernens genauso wie Maßnahmen für eine gerechte fürsorgliche Gemeinschaft und die Thematisierung von Kinderrechten.

Wir werden die Eigenverantwortung und Selbständigkeit von Schule und allen an Bildung und Erziehung Beteiligten stärken, indem wir selbstverwaltete und selbstgestaltete Schulen ermöglichen, fördern und einfordern. Diese verfügen über eigene Budgets, sind mit schulscharfen Personalausschreibungen an der eigenen Personalauswahl beteiligt und entwickeln und etablieren mit Unterstützung des Landes eigene Schulentwicklungskonzepte mit eigenen inhaltlichen Schwerpunkten.

Dazu gehört auch, dass die Schulen ihren Gemeinwesen- und Netzwerkcharakter vor Ort stärker nutzen und entsprechend ihres Schulprofils sinnvolle Kooperationen mit außerschulischen Partnern beispielsweise aus der Jugendarbeit, Sport, Feuerwehr oder anderen Vereinen aber auch Betrieben und Unternehmen sowie mit kommunalen Strukturen eingehen.

<u>Eine vorsorgende Personalentwicklung im Schulbereich etablieren</u>

§ 1 Absatz 1 Thüringer Schulgesetz formuliert: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung und Förderung." An diesem Anspruch muss sich die Realität in unseren Schulen messen lassen. Denn wir wissen, dass dieses Recht nur gewährleistet werden kann, wenn wir ein funktionierendes und leistungsfähiges Schulwesen haben.

Zunehmender Unterrichtsausfall und ein hoher Bestand an häufig und langzeiterkrankten Lehrkräften zeigen den immensen Handlungsbedarf auf. In den kommenden Jahren wird der Generationswechsel in den Lehrerzimmern deutlich an Geschwindigkeit zunehmen. Eine der zentralen Aufgaben besteht deshalb darin, Thüringen attraktiv für angehende Lehrkräfte zu machen und die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir den zukünftigen Lehrkräftebedarf angesichts ungünstiger demografischer Vorzeichen adäquat sicherstellen. Auch gilt es, die Gesundheitsprävention deutlich zu stärken.

Die zudem wiedereingeführte Verbeamtung der Lehrkräfte ist sicher kein Allheilmittel, sie erhöht dennoch die Attraktivität des Freistaats im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte. Diese brauchen eine praxisnahe Ausbildung, gute Fortbildungen und qualitätsorientierte Teamarbeit.

Um angehende Lehrkräfte im Freistaat zu halten, ist es wichtig, dass in Thüringen früher als bisher die Zusagen nach einer Bewerbung erfolgen. Wir wollen die Zeitschiene des Einstellungsverfahrens deutlich nach vorn verschieben, sodass die Schuljahresplanungen in den Schulämtern so früh wie möglich begonnen werden können.

Damit der Freistaat im Personalbereich zukünftig mithalten kann, sind auch selbstbewusste Werbekampagnen notwendig. Schließlich brauchen wir mehr Studienanfänger*innen in und außerhalb Thüringens insbesondere für die sogenannten Mangelfächer. Um der Situation in Mangelfächern mittelfristig entgegenzuwirken, schlagen wir die Einführung eines Landesstipendiums für Mangelfachstudierende vor. Kurzfristig sollte ein spezielles Seiteneinstiegsprogramm u.a. für ausgebildete Erziehungswissenschaftler*innen geprüft werden.

Neben einem modernen Besoldungsgesetz, setzen wir weiter auf unkomplizierte Bewerbungsverfahren sowie grundsätzlich auf erleichterte Zugangsmöglichkeiten für Seiteneinsteiger*innen und auch flexible Budgets für Schulen, um kurzfristig auf Ausfallsituationen reagieren zu können.

Inklusion braucht Entwicklung

Alle Menschen haben das Recht auf gute und inklusive Bildung. Und: Es ist normal verschieden zu sein. Diese zwei bildungspolitischen Grundsätze sind uns Grünen besonders wichtig. Ausgehend davon wollen wir die personellen, räumlichen und sächlichen Rahmenbedingungen für ein inklusives Bildungswesen in Thüringen Schritt für Schritt weiter verbessern. Inklusion braucht Entwicklung, braucht Mut und dennoch Augenmaß. Keinesfalls darf Inklusion an der Kassenlage des Landes scheitern. Auch den Bund sehen wir hier in der finanziellen Mitverantwortung.

Inklusive Bildung, d.h. gemeinsames und zugleich individuelles Lernen, Erziehung und Betreuung muss von Anfang an möglich sein. Das braucht gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte, ausreichend Personal, das individuelle Förderung ermöglicht, und den Einsatz multiprofessioneller Teams. Kinder und Jugendliche

brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Kompetenzen. Das gilt neben der Schule auch für die Erwachsenenbildung. Nur eine barrierefreie Erwachsenenbildung kann auch allen Menschen zugutekommen. Auch sie braucht Professionalität und entsprechende Rahmenbedingungen.

In der Schulpolitik werden wir das unzeitgemäße Nebeneinander von Förderschulgesetz und Schulgesetz beenden und noch in dieser Legislatur ein inklusives Schulgesetz auf den Weg bringen. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich alle Schulen im Land bis zum Jahr 2025 zu inklusiven Schulen entwickeln können. Damit dies gelingt, sollen alle Schulen grundsätzlich mehr sonderpädagogische Unterstützung als bisher erhalten. Wir wollen, dass ab dem Schuljahr 2019/20 pro Jahr mindestens 100 zusätzliche sonderpädagogische Fach- und Lehrkräfte für den gemeinsamen Unterricht eingestellt werden. Die sonderpädagogische Diagnostik soll nach klaren Qualitätsstandards bei gleichberechtigter Einbeziehung freier Schulträger konsequent und landesweit vereinheitlicht werden.

Für staatliche und freie Förderzentren wollen wir Entwicklungsperspektiven und vor allem bessere Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Schularten schaffen. "Netzwerkförderzentren ohne Schüler*innen", also Förderschulen deren Lehrpersonal den gemeinsamen Unterricht der angehörigen Netzwerkschulen unterstützt, sollen genauso wie die Entwicklung hin zur inklusiven allgemeinbildenden Schule Möglichkeiten sein. Wir sind uns einig, dass die Expertise der Sonderpädagog*innen und die guten räumlichen Bedingungen dieser Lernorte erhalten und für gute inklusive Bildung genutzt werden müssen. Gleichzeitig streben wir an, die Aus- und Weiterbildungskapazitäten mit Blick auf den Umgang mit Heterogenität in allen Phasen der Lehrerbildung zu erhöhen. Es sollen bedarfsgerecht Möglichkeiten für die berufsbegleitende Qualifikation im Bereich Sonderpädagogik in allen Förderbereichen geschaffen werden.

Selbstverständlich gilt es ebenso den Bedürfnissen von Schüler*innen mit besonderen Begabungen gerecht zu werden. Dazu sollen die bestehenden Spezialgymnasien weiterhin unterstützt werden und alle Schulen ausreichende Ressourcen für die Begabtenförderung erhalten.

Multiprofessionalität gehört für uns zu einer inklusiven und guten Schule selbstverständlich dazu. Daher setzen wir uns für ein gutes Miteinander und den sinnvollen Einsatz von Lehrkräften, sonderpädagogischen Fachkräften, Erzieher*innen, Integrationsbegleiter*innen, Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen ein. Die schulbezogene Jugendsozialarbeit und schulpsychologische Angebote wollen wir weiter bedarfsgerecht ausbauen und mittelfristig gesetzlich verankern.

Der Umfang bestehender Schulbauprogramme muss erhöht werden. Wir wollen Schulsanierung und Neubau noch stärker fördern und auf die Schaffung von Barrierefreiheit ausrichten. Neben baulichen Voraussetzungen wird es allerdings auch und gerade darum gehen müssen, Barrieren in den Köpfen abzubauen. Denn Inklusion ist und bleibt ganz zentral auch und gerade eine Frage der Haltung aller Beteiligten.

Bildungsbarrieren abbauen – Integration leben

Der Zugang zu Bildung ist ein universelles Menschenrecht. Bildung öffnet sprichwörtlich die Türen zur Welt. Damit diese auch den Geflüchteten und

zugewanderten Menschen nicht verschlossen bleiben, gilt es, bestehende Barrieren und Hürden beim Zugang zu Bildung konsequent abzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die auf zehn absolvierte Schulbesuchsjahre angelegte allgemeine Schulpflicht im Sinne der Geflüchteten umgesetzt wird und dabei auch die Lebensrealitäten berücksichtigt. Für uns ist klar: Es braucht perspektivisch keine Parallelsysteme, sondern die Stärkung der Regelstrukturen. Je schneller zu uns gekommene junge Menschen sprachlich gefestigt gemeinsam mit Muttersprachler*innen lernen können, umso besser gelingt Integration.

Das von unserem grünen Migrationsministerium finanzierte "Start Deutsch" war und ist ein gutes Programm, um auch den Übergang in die Berufsschulen zu gewährleisten. Zukünftig muss es jedoch grundsätzlich darum gehen, unsere Schulen und Berufsschulen noch stärker für junge Geflüchtete zu öffnen, um auch ihnen die notwendigen Abschlüsse zu ermöglichen. Dazu braucht es auch fachkundiges Personal. Mit der Übernahme der bislang befristeten DaZ-Lehrer*innen sind wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Bereitstellung weiterer unbefristeter DaZ-Stellen ein.

Um Schulen besser unterstützen zu können, sollen zudem die Beratungs- und Fortbildungsangebote im Schulbereich bedarfsgerecht gestärkt und die Schulsozialarbeit in allen Schulformen auch für die Bedarfe von geflüchteten Schüler*innen wirksam werden.

Schulen müssen oftmals schnell und flexibel reagieren können. Das wollen wir ihnen mit eigenverantwortlich bewirtschafteten Budgets für Lehr- und Lernmittel und für Honorarkräfte, ermöglichen. Um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen der Lehrkräfte nachhaltig zu verbessern, sollen diese in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung mehr als bisher vermittelt werden.

Für alle nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen bis 27 Jahre – egal ob zugewandert oder nicht – soll im Schulgesetz das bedingungslose Recht auf Schulbesuch und das Erlangen eines Schulabschlusses an einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule gesetzlich verankert werden. Insbesondere für diejenigen, denen der Zugang zu anderen Bildungsgängen nicht möglich ist, wollen wir ein flexibles ein- bis maximal dreijähriges „Berufsvorbereitungsjahr Bildung“ schaffen, das sowohl die Anschlussfähigkeit in die duale oder vollzeitschulische Ausbildung ermöglicht, als auch den Wechsel in weiterführende Bildungsgänge der Berufsschule oder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Die Träger der Erwachsenenbildung wollen wir weiter bei der Sprachbildung unterstützen und die Förderung von Integrationsmaßnahmen verstetigen.

Mehr Zeit für gute Bildung – Ganztagsschule ausbauen

Eine zeitgemäße Ganztagsschule basiert auf modernen Raumkonzepten und vielfältigen Kompetenzen von ganz unterschiedlichen Professionen, beispielsweise von Lehrkräften, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Integrationshelfer*innen und den Angeboten vieler Vereine, Verbände und außerschulischer Partner.

Thüringen hat mit seinen Schulhorten an den Grundschulen gute Voraussetzungen für einen qualitätsvollen Ausbau des Ganztagsunterrichts. Darauf wollen wir aufbauen und den Anteil von teilgebundenen und gebundenen Ganztagsschulen im

Primarbereich durch ein Ganztagsschulprogramm des Landes schrittweise erhöhen. Dafür brauchen wir verlässliche, am Bedarf ausgerichtete Personalkonzepte und auch mehr Vollzeitstellen für die Erzieher*innen in den Schulen.

Teilgebundene und gebundene Ganztagsschulen mit ihren vielfältigen und rhythmisierte Lern- und Unterstützungsangeboten bieten Möglichkeiten und vor allem mehr Zeit, um die sozialen Bedürfnisse und die individuellen Lernausgangslagen ihrer Schüler*innen besser in den Blick zu nehmen. Zu einem guten Ganztagsangebot gehört für uns auch ein gesundes Getränke- und Mittagessenangebot für alle Kinder und Jugendlichen.

Zudem streben wir im Sinne eines gerechten Zugangs zu Ganztagesangeboten an, sämtliche Angebote im Rahmen des Ganztages – auch den Schulhort – perspektivisch kostenfrei zu stellen. Auch im Sekundarbereich sollen Ganztagesangebote stärker unterstützt werden.

Länger und gemeinsam Lernen – Gemeinschaftsschule in Thüringen pushen

Eine Antwort auf die vielfältigen Anforderungen an ein gutes Schulwesen ist die seit 2010 eingeführte Thüringer Gemeinschaftsschule, in der alle Schüler*innen gemeinsam mindestens bis zur Klasse 8 und entsprechend ihrer Leistungsmöglichkeiten, Begabungen und Interessen im vorwiegend binnendifferenzierenden Unterricht individuell gefördert werden. Mit der Gemeinschaftsschule schaffen wir nicht nur verlässliche Perspektiven für längeres gemeinsames Lernen, sondern tragen auch zu nachhaltigen Schulstrukturen im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demografischen Wandels bei, da alle Schulabschlüsse in einer Schule für alle angeboten werden können. Die Gemeinschaftsschule ist ebenso ein Beitrag gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft.

Unser Anliegen ist es, die Gemeinschaftsschule mindestens von Klasse 1 bis Klasse 10 zu einem flächendeckenden Schulangebot in Thüringen machen. Daher soll zukünftig in jedem Landkreis garantiert mindestens eine Gemeinschaftsschule bestehen.

Gleichzeitig streben wir an, die Gründungsmöglichkeiten und Zulassungsverfahren für neue Gemeinschaftsschulen zu erleichtern, ohne dabei Abstriche beim pädagogischen Konzept zu machen. Wir werden dafür klare Entscheidungsfristen für die Schulverwaltung und weitere Kooperationsmöglichkeiten bei der Oberstufe in den Blick nehmen und beispielsweise das Berufliche Gymnasium mit in Betracht ziehen. Die erhöhte Personalzuweisung für Gemeinschaftsschulen, die sich neu gründen, wollen wir beibehalten.

Aus grüner Sicht spricht einiges dafür, dass sich auch Förderschulen zukünftig durch ein Aufwachsen inklusiver Klassen in definierten Übergangszeiträumen sukzessive zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können. Ebenso wollen wir, die Gemeinschaftsschule bis Klasse 13 ermöglichen, wenn das Schulträger, Eltern, Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen und es ein pädagogisch tragfähiges Konzept dafür gibt.

Unser Ziel bleibt die verstärkte Ausrichtung auf längeres, gemeinsames Lernen auch in der Lehrkräfteaus- und Weiterbildung und die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte, die an einer Gemeinschaftsschule unterrichten. Allerdings gilt es auch, die Bezahlung der Lehrkräfte anderer Schularten zu beachten. Gemeinsam mit den Lehrergewerkschaften wollen wir daher in den Dialog über ein modernes

Besoldungssystem treten. Thüringen muss im Wettbewerb um die besten Lehrkräfte mit den anderen Ländern mithalten können.

Raus aus der Kreidezeit – Digitalisierung im Schulwesen voranbringen

Wir Grüne wollen die Chancen der Digitalisierung im Sinne guter Bildung nutzen. Überall da wo es pädagogisch sinnvoll ist, soll der fächerübergreifende Einsatz digitaler Medien und digitaler Werkzeuge unterstützt werden. Wir Grüne packen die infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen für digitale Bildung an.

Bereits in der frühkindlichen Bildung lässt sich – wie es im Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre beschrieben ist – kindgerecht an Medienkompetenzen und informatorische Inhalte heranführen.

Eine zeitgemäße digitale Bildungsinfrastruktur ist bislang kaum vorhanden. Das wollen und werden wir ändern! Unser Anspruch ist klar: Bis spätestens zum Jahr 2025 erhalten alle Schulen einen Breitbandanschluss, alle Lehrkräfte ein mobiles Arbeitsendgerät sowie selbstverständlich eine dienstliche Mailadresse. Die Schulverwaltung erhält eine moderne einheitliche Schulplanungs- und -verwaltungssoftware. Klassenzimmer werden über Access Points mit WLAN und interaktiven Tafeln ausgestattet. Mobile Endgeräte sollen durch alle Schüler*innen genutzt werden, vorzugsweise die eigenen ("bring-your-own-device"), bei Bedarf aber auch mit Leihgeräten.

Die Medienzentren sollen zu Schnittstellen der Digitalisierung für die Schulen entwickelt werden und als IT-Dienstleister für die Schulen der Region fungieren. Die Entwicklung freier Lern- und Lehrmaterialien und der Einsatz von Open-Source-Software in den Schulbereichen ist uns ein wichtiges Anliegen.

Die Finanzierung dafür zu sichern, ist eine große Herausforderung. Das braucht die Unterstützung des Bundes, der einen ausfinanzierten Digitalpakt vorlegen muss. Aber auch das Land sehen wir ab 2020 in der Verantwortung ein flankierendes Landesinvestitionsprogramm für digitale Bildung zu initiieren. Um den technischen Support zu sichern, braucht es zudem die notwendigen Stellen an den Schulen.

Um digitale Bildung konsequent an den Schulen zu verankern, streben wir die Vermittlung informatorischer Inhalte bereits in den Grundschulen an. NRW hat es vorgemacht und dort ein Modellprojekt “Programmieren an Grundschulen“ geschaffen. Darüber ob das Fach Informatik verpflichtend unterrichtet werden sollte, wollen wir mit allen an Schule Beteiligten in den Dialog treten.

Schließlich muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte auf digitale Bildung ausgerichtet werden. Lehrkräfte müssen entsprechende Kenntnisse zur Vermittlung von Medienkompetenzen haben und über informatorische Inhalte, Datensicherheit und Datenschutz sowie über das Urheberrecht Bescheid wissen. Daher ist dies in allen Phasen der Lehrerbildung zu verankern.

Gutes Essen & gesunde Lebensweise

Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in der Schule. Aus diesem Grunde stellen wir Grüne hohe Anforderungen hinsichtlich der räumlichen und sachlichen Ausstattung auch im Bereich der Verpflegung. Wir wollen, dass sich jedes Kind und jeder Jugendliche ganztägig gesund ernähren kann und dass Kinder und

Jugendlichen in unseren Thüringer Schulen an gesundes Essen und an eine insgesamt gesunde Lebensweise herangeführt werden.

Unser Ziel ist, dass in Thüringen die Essens- und Getränkeverpflegung flächendeckend mindestens nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung umgesetzt wird. Dafür braucht es auch gesetzliche Vorgaben, aber vor allem gut und besser ausgestattete Küchen und Essensausgabemöglichkeiten sowie lebendige Schulgärten als grüne Lern- und Erfahrungsorte vor allem in der Primarstufe.

Um eine höhere Akzeptanz für gutes und gesundes Schulessen bei Kindern, Eltern und Schulträgern zu erreichen, wollen wir Grüne verbindliche Beteiligungsstrukturen bei der Essensauswahl in ganz Thüringen. Die Versorgung von Schulen mit bio- sowie regional erzeugten Lebensmitteln und guter Verarbeitung durch Fachkräfte in geeigneten Schulküchen vor Ort wollen wir durch gezielte Förderungen unterstützen.